Der Atomwaffenverbotsvertrag: ein völkerrechtliches Instrument gegen Atomwaffen

Anlässlich des Inkrafttretens des UN-Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) am 22. Jänner 2021 haben wir den österreichischen Friedensforscher Thomas Roithner interviewt. Handelt es sich um weiteres folgenloses diplomatisches Papier oder um eine realistische Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt? Welchen Beitrag kann Österreich leisten?

PLAGE: Anfang dieses Jahres ist – nachdem ihn die dafür erforderlichen 50 Staaten unterzeichnet und ratifiziert hatten - der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) als bindendes Völkerrecht in Kraft getreten. Dem AVV können laufend weitere Staaten beitreten. Die europäischen NATO-Staaten weigern sich jedoch, ebenso wie die neun Atommächte, das zu tun und ihre Atomwaffen zu verschrotten. Von den EU-Mitgliedsländern haben den Vertrag bislang nur Österreich, Irland und Malta ratifiziert. Hat der Vertrag trotzdem einen positiven praktischen Nutzen?

Thomas Roithner: Ja! Wir dürfen nicht vergessen, dass uns mit diesem Vertrag ein völkerrechtliches Instrument vorliegt, dass nicht nur den Einsatz, Besitz, Tests, Durchfuhr, Lagerung etc. von Atomwaffen verbietet, sondern in umfassender Weise auch beispielsweise die Beseitigung von Umweltschäden sowie die Entschädigung von Opfern (nicht nur von den Atombombenabwürfen, sondern auch von Atomwaffentests) vorsieht. Dadurch erweitert dieser Vertrag den konventionellen Sicherheitsbegriff: es geht nicht nur um nationalstaatliche Sicherheit, sondern ebenso um humanitäre und ökologische Aspekte. Der Vertrag spiegelt somit das erweiterte Verständnis von „menschlicher Sicherheit“ wider. Er ist ein Meilenstein auf einem langen Weg zu einer atomwaffenfreien Zukunft. Und ein Instrument, um politischen Druck auf die Atomwaffenstaaten ausüben zu können.

Wegweisend war auch das Zustandekommen des Vertrags: 122 Staaten haben im Juli 2017 den „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ angenommen, der im Austausch mit diplomatischen VertreterInnen und unter enormer Beteiligung von NGOs (wie der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons, ICAN, den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges, IPPNW, oder dem Internationalen Versöhnungsbund) vorbereitet wurde und nun von jedem Staat ratifiziert werden kann. Das Abkommen wurde in der Generalversammlung der Vereinten Nationen – nicht ihrem Sicherheitsrat mit den fünf permanenten, atomwaffenbesitzenden Mitgliedern – eingebracht. An den Verhandlungen konnten somit sämtliche Staaten teilnehmen. Der AVV verdeutlicht, wie ein Vertrag ohne die Zustimmung jener Staaten, die vornehmlich an der Erzeugung und dem Einsatz von Atomwaffen beteiligt sind, zustande kommen kann.

Welche Rolle spielt Österreich in diesem Prozess? Was kann die österreichische Zivilgesellschaft tun?

Die Rolle Österreichs ist aus meiner Sicht zentral, denn wir haben schon bisher eine Vorreiterrolle bei der Entstehung dieses Vertrags eingenommen und können das auch in Zukunft tun. Vom 12. bis 14. Jänner 2022 richtet Wien die erste Staatenkonferenz zum neuen Atomwaffenverbotsvertrag aus. Die Einladung des österreichischen Außenministeriums und des Vorsitzenden der Konferenz, dem österreichischen Diplomat Alexander Kmentt, richtet sich an alle Staaten: an jene, die den AVV unterzeichnet, ihn über eine Ratifizierung jedoch noch nicht in nationales Recht gegossen haben und als Beobachter teilnehmen können ebenso wie Atomwaffenstaaten, die noch gar nicht unterzeichnet haben. Was die Zivilgesellschaft und NGOs jetzt machen können? Eine Plattform begleitend zur offiziellen Konferenz etablieren, um Diskussionen zwischen DiplomatInnen, ExpertInnen und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen: PartnerInnen aus der Zivilgesellschaft aus Staaten, die noch nicht ratifiziert haben, einladen; Schattenkonferenzen organisieren usw. Österreich nimmt durch den Sitz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), der Atomteststoppbehörde (CTBTO) in Wien, als neutraler Gastgeber für viele bilaterale Verhandlungen sowie als Taktgeber und Schrittmacher im Hinblick auf die Entstehung und Umsetzung des AVV eine herausragende Rolle ein. Wir könnten es in Österreich schaffen, neben den großen Konferenzen auch Treffen von NGOs und interessierten Teilen der Bevölkerung vorzubereiten, um Vorschläge für eine atomfreie und friedliche Zukunft zu diskutieren. Damit haben wir die Chance, auch neben den offiziellen Meetings wahrgenommen zu werden.

Wie schätzen Sie die internationale „No-First-Use-Campaign", also die Forderung auf den Verzicht von Atommächten, im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung als Erste Atomwaffen einzusetzen und auch nicht gegen Staaten, die überhaupt keine Atomwaffen besitzen, in diesem Zusammenhang ein?

Grundsätzlich betrachte ich sämtliche Maßnahmen, die die Schwelle eines Einsatzes von Atomwaffen erhöhen, als einen Fortschritt. Der Verzicht auf den Ersteinsatz ist, wie der AVV, eine Etappe auf einem sehr, sehr langen Weg. Es geht ja nicht nur um den willentlichen und vorsätzlichen Einsatz von Atomwaffen, sondern ein Einsatz kann genauso aus Versehen, aufgrund von Kommunikationsproblemen, einer Destabilisierung von Cybersystemen usw. erfolgen. Ein wichtiger Punkt, der auf wissensbasierte Art und Weise zu behandeln ist: wie können wir Sicherheit jenseits von Massenvernichtungswaffen diskutieren? Und wie kann ein erweiterter Sicherheitsbegriff in konkretes politisches Handeln überführt werden? Es gibt nur wenige Stimmen auf dem internationalen Parkett, die sich für eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln einsetzen. Die mehrheitliche Ratio auf Staatenebene ist: mit welchen Waffen kann „Friedenspolitik" geschaffen werden?

Die Einhaltung des AVV braucht Kontrolle. Wie kann dieses Kontroll- oder Monitoringsystem aussehen?

Ein starkes Abkommen braucht eine glaubwürdige Verifikation. Dafür müssen wir uns auf die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) stützen, bei der bislang sämtliche Verifikationsprozesse im Atombereich zusammenliefen. Trotz ihrer Janusköpfigkeit, die zivile Nutzung der Atomenergie zu fördern und ihre militärische Nutzung zu unterbinden, brauchen wir ihre evidenzbasierte Expertise.

© Thomas Roithner

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Zu den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten des gebürtigen Linzers zählt u. a. die atomare Rüstungspolitik. 2020 erschien sein Buch „Flinte, Faust und Friedensmacht. Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU" im myMorawa Verlag.

Der PLAGE ist es ein Anliegen, Aufklärung über die unmögliche Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomenergienutzung zu betreiben. Die Infrastruktur, die für den Betrieb von Atomkraftwerken im Rahmen einer „zivilen" Nutzung erforderlich ist, deckt sich mit jener, die für eine militärische Nutzung der Atomtechnologie als Atomwaffen notwendig ist. Inwieweit ist der Umstand dieser unmöglichen Trennbarkeit in der Friedensforschung verankert?

In der Friedensforschung gibt es ein breites Bewusstsein dafür, dass man die militärische von der zivilen Nutzung nicht trennen kann. Wer kontrolliert, wie hoch Uran tatsächlich angereichert wird und wie ist das politisch und technisch zu bewerkstelligen? Es geht auch um die Frage, wie breit wir den Friedensbegriff ansetzen. Geht es rein um die Verhinderung von Krieg und Gewalt oder bedeutet Friede darüber hinaus, eine intakte ökologische Lebensgrundlage zu haben, sozialen Frieden zu genießen usw.

Einerseits ist eine quantitative atomare Abrüstung zu verzeichnen, andererseits steigt die Funktionalität atomarer Waffensysteme enorm. Wie kann die Friedensbewegung hier ein Bewusstsein schaffen, dass ein Weniger an atomaren Waffen nicht das alleinige Ziel sein kann?

Die qualitative Aufrüstung ist tatsächlich ein großes Problem. Es gibt neue Präzisionswaffen mit höherer Sprengkraft. Weitere Schlagworte sind die künstliche Intelligenz bei Waffensystemen, Drohnen und die Militarisierung des Weltraumes. Durch die Entwicklung und den Einsatz von sog. „mini-nukes" könnte ein Atomkrieg „regional" führbar werden. Die bisherige Rüstungskontrolle und Abrüstung konnte mit diesen Entwicklungen nicht Schritt halten. Auch bei anderen Vertragswerken bildet sich die Tendenz ab: national = Trumpf! Die internationale Zusammenarbeit ist nur gut, wenn sie den nationalstaatlichen Interessen dient. Das ist eine dramatische Entwicklung.

Derzeit findet die von der US-Armee geleitete Militärübung „Defender-Europe 21" mit den NATO-Mitgliedsländern und ihren Partnern statt. In unterschiedlichen Manövern übt die NATO die Verteidigung Europas und das Zusammenspiel mit den Truppen der USA. Die Militärübung verdeutlicht, dass der AVV nicht nur ein symbolischer, sondern ein eindeutiger Vertrag mit klaren Auswirkungen ist. Der Transport von Atomwaffen zu Land, Wasser und Luft ist auf den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten verboten. Für Deutschland hieße eine Ratifizierung auch, dass die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Staatsgebiet wie derzeit in Büchel (Rheinland-Pfalz) Geschichte wäre.

Ein bewegender Moment: der „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ wurde am 7. Juli 2017 unterzeichnet.

Angesichts neuer Waffensysteme, veränderter Kräfteverhältnisse seit dem Ende des Kalten Krieges und der Art und Weise, wie internationale Konflikte ausgetragen werden, erscheint es beinahe anachronistisch, Nuklearwaffen als Abschreckungsargument heranzuziehen. Andererseits haben Atomwaffen realpolitisch aber noch immer genau diese Bedeutung. Wie passt das zusammen?

Die nukleare Karte spielt bei unterschiedlichen Konflikten tatsächlich noch immer eine sehr große Rolle. Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir erlangt nicht zuletzt eine derart große Bedeutung, weil sich hier zwei Atommächte miteinander streiten. Auch bei dem Ringen um die Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten spielt die nukleare Karte eine große Rolle. In diesem Zusammenhang ist eine nuklearwaffenfreie Zone im Nahen Osten, als ein kleiner Fortschritt, immer wieder zu diskutieren. Nicht nur im Sinne der Abrüstung, sondern als ein Projekt der Verständigung und der Vertrauensbildung. Wir brauchen einen Austausch darüber, wie wir Friede und Sicherheit ohne Massenvernichtungswaffen, wie Atomwaffen, denken und umsetzen können.

Das Interview führten Christa Wieland, Heinrich Breidenbach und Julia Bohnert. Text: CW/JB

It’s time to stop the madness. Join the movement! Die beeindruckende Kampagne der Organisation ICAN und viele weitere Infos zum AVV.